

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Aktuelles aus dem Landtag</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Bericht aus der Fraktion</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Kinderfaschingsball der FU</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Urbanes Leben am Papierbach</b>	<b>Seite 5</b>
<b>Bericht vom Frühlingsempfang</b>	<b>Seite 6</b>

## Wichtige Termine

- **05.05.17: Ortshauptversammlung im Landsberger Hof**
- **20.05.17 9.00Uhr: Infostand am Hauptplatz**
- **24.06.17 13.00 Uhr: Veranstaltung mit Dr. Markus Söder am Ammersee**
- **29.07.17 9.00 Uhr: Infostand am Hauptplatz**

## Redaktion – Impressum

Herausgeber: CSU Ortsverband Landsberg  
Vorsitzender: Mathias Neuner  
Geschäftsführer: Christian Hettmer  
Redaktion: Petra Ruffing

V.i.S.d.P.: der Vorsitzende  
Alle Rechte der Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung vorbehalten.

Liebe CSU-Mitglieder,  
Liebe Leserinnen und Leser,

2017 steht politisch betrachtet ganz im Zeichen der Bundestagswahl im September. Mit großer Spannung werden auch die davor stattfindenden Landtagswahlen erwartet, die bereits vorab die politische Stimmung im Land zeigen. Vor wenigen Tagen hat Annegret Kramp-Karrenbauer bei den Landtagswahlen im Saarland einen deutlichen Sieg errungen. Entgegen aller Vorhersagen gab es kein Kopf an Kopf Rennen mit der SPD, der „Schulz-Faktor“ war doch nicht so groß wie erwartet. Ebenso hat die Bevölkerung einer rot-rot-grünen Koalition eine klare Absage erteilt. Es zeigt sich, dass die relativ gelassene Reaktion der CDU auf den Höhenflug der SPD und ihres neuen Heilsbringers Martin Schulz bisher die Richtige war.

Neben dem aus CDU/CSU Sicht erfreulichen Wahlausgang ist sehr positiv zu vermerken, dass die Wahlbeteiligung in diesem Bundesland deutlich zugelegt hat. Ich denke, dies hat mit den politisch unsicheren Zeiten, in denen wir derzeit leben, zu tun. Der Brexit und die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, die Bedrohung durch Terror und IS, die Lage in der Ukraine und das bevorstehende Referendum in der Türkei sind einige der Themen, die uns beunruhigen. Erfreulicherweise scheint dies dazu zu führen, dass die Bürger sich wieder mehr darauf besinnen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, aber kein Selbstläufer! Man muss sie gegen Angriffe verteidigen und dazu gehört eben auch, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. In den Niederlanden ist die Wahlbeteiligung ebenfalls sehr hoch gewesen und hat dazu geführt, dass der Rechtspopulist und europafeindliche Politiker Geert Wilders deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Hoffen wir, dass es bei der Wahl in Frankreich ähnlich läuft.

In den USA erlebt Donald Trump und mit ihm die ganze Welt, dass die USA eine funktionierende Demokratie ist, in der ein einzelner „Macher“ eben nicht machen kann, was er möchte. Die Gewaltenteilung funktioniert und das gibt Hoffnung und zeigt uns Bürgern, dass sich der Einsatz für unsere demokratischen Staaten lohnt.

Glücklicherweise sind in Deutschland starke demokratische Parteien in der Verantwortung und populistische Kräfte spielen eine untergeordnete Rolle. Kämpfen wir dafür, dass es so bleibt.

In diesem Sinne hoffe ich, dass sie alle uns beim anstehenden Wahlkampf aktiv unterstützen.

Ihre Petra Ruffing



## Aktuelles aus dem Landtag

Seit meinem letzten Bericht aus der Landespolitik ist auf zahlreichen Gebieten viel geschehen. Stellvertretend für diese möchte ich heute über einige Punkten gezielt berichten:

Mit zahlreichen Initiativen spricht sich der Bayerische Landtag vehement gegen eine Abkehr von der Agenda 2010 aus, wie sie auf Bundes- wie Landesebene derzeit von der SPD propagiert wird. Die Folge der Agenda 2010 ist ein nie dagewesenes Wohlstandsniveau mit einem äußerst robusten Arbeitsmarkt. Ungeachtet der Tatsache, dass immer an diversen Punkten nachgefeilt werden kann und muss, bleibt richtig: wir wollen kein Zurück in die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, sondern nachhaltige Beschäftigung für die Menschen. Dazu müssen wir weiter aktivieren anstatt zu alimentieren und Arbeitslosigkeit zu verwalten. Bayern will keine Neuauflage einer gescheiterten Politik, deren Preis die Arbeitnehmer in Deutschland bezahlen müssen. Beste Sozialpolitik ist und bleibt ein gesicherter Arbeitsplatz.

Der digitale Wandel erfasst und verändert Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Um diesen zu meistern, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Grundvoraussetzung sind schnelle digitale Netze, pädagogische Potentiale digitaler Medien müssen ausgeschöpft werden. Der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft hat in enger Abstimmung mit der CSU-Landtagsfraktion aufgezeigt, wo die Schwerpunkte künftig gesetzt werden müssen. Nicht zuletzt muss ein moderner Rechtsrahmen Spielräume schaffen, um Arbeit flexibler zu gestalten. Anderenfalls droht unser arbeitsrechtlicher Ordnungsrahmen von der Realität überholt zu werden.

Die aktuelle Gerechtigkeitsdebatte wird vom Kanzlerkandidaten der SPD Schulz, emotional geführt und schürt ganz bewusst Abstiegsängste. Dabei zeigt ein objektiver Blick auf die Lebensverhältnisse, dass es uns in Bayern gut wie nie geht und viele Sorgen unbegründet sind: der Arbeitsmarkt im Freistaat ist stabil auf höchstem Niveau, und anders als in der politischen Diskussion diffus behauptet, sind in der Realität belegbar weniger Menschen von Armut betroffen als in den letzten Jahren. Wir von der CSU wollen, dass jetzt die Sozialsysteme in diesen guten Zeiten fit für den demografischen Wandel gemacht werden. Die Grundvoraussetzung dafür ist und bleibt eine solide Haushaltsführung mit

Schuldentilgung und nachhaltiges Wirtschaften. Steuererhöhungen gleich welcher Art sind in Zeiten höchster Steuereinnahmen definitiv der falsche Weg. Die CSU-Landtagsfraktion erarbeitet deshalb gerade einen Dreiklang für die künftige Steuerpolitik aus Sparen, Investieren und gezielt Steuern senken. So kann die Zukunft gewonnen werden.

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit hat Bayern als einziges Bundesland für Flüchtlinge und Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive ein Unterrichtsprogramm in den zentralen Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung eingeführt. Inzwischen zeigt sich: das einzigartige Projekt entwickelt sich zu einem vollen Erfolg. In knapp 900 Veranstaltungen wurden auf Initiative von Bayerns Justizminister Winfried Bausback über 17.000 qualifizierte Asylbewerber und Flüchtlinge mit dem Rechtsbildungsunterricht auf das Leben in Bayern vorbereitet. Mehr als 800 bayerische Justizangestellte führen den Unterricht freiwillig und meist ehrenamtlich durch oder sind bereit das Projekt anderweitig zu unterstützen. Die Resonanz bei den Teilnehmern ist ausgezeichnet: sie spüren, dass der Rechtsstaat präsent ist und sich für sie interessiert. Das bayerische Erfolgsmodell ist inzwischen Vorbild für ähnliche Projekte in anderen Bundesländern und fördert die bestmögliche Integration ausschließlich von Personen mit hohen Bleibeaussichten. Der Landtag hat beschlossen, dieses Projekt fortzuführen und weiter zu verbessern.

Aus dem Europaausschuss darf ich noch über eine aus bayerischer Sicht besonders erfreuliche, weil erfolgreiche Initiative berichten: auf Intervention Bayerns hin konnten sich Staatsregierung und Bundesbauministerium mit der EU-Kommission auf Bedingungen verständigen, unter denen die sogenannten Einheimischenmodelle fortgeführt werden können. Damit können Kommunen an die ortsansässige Bevölkerung, insbesondere jungen Familien, Bauland zu besonders günstigen Konditionen abgeben. Die Europäische Kommission hatte in der Vergangenheit Bedenken zu diesem Modell geäußert und mehrere Anläufe genommen es zu verbieten. Auf dem normalen Immobilienmarkt hätten junge Familien aber gegen finanzkräftige Ortsfremde oft keine Chance. Dem zähen und beständigen Einsatz Bayerns ist es zu verdanken, dass man sich nunmehr mit Brüssel auf ein „eurokonformes“ Einheimischenmodell einigen konnte. Damit setzt Bayern seine bewährte

Politik fort, sich klar zu Europa zu bekennen, aber nicht mehr, sondern ein besseres Europa zu fordern. Die EU-Finanzierungspläne von Sigmar Gabriel, die ohne weitere Gegenleistung höhere Einzahlungen Deutschlands in den EU-Haushalt fordern, führen außer zu einer höheren Verschuldung nicht weiter. Jedes Problem durch Mehrausgaben auf Kosten der deutschen Steuerzahler lösen zu wollen, wie die SPD es fordert, würde sinnvolle Haushaltsregeln wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt endgültig beenden. Das Bohren „dicker Bretter“, wie etwa im Einheimischenmodell gerade gezeigt, geht auch ohne die maßlose Öffnung deutscher Spendierhosen und bringt den bayerischen Bürgern erheblich mehr.



Ihr Alex Dorow

Landtagsabgeordneter

## Bericht aus der Fraktion

Liebe Mitglieder der Landsberger CSU,

schon sind wir wieder mitten drin im „Neuen Jahr“. Die kurze Verschnaufpause hat natürlich gut getan, ich hoffe auch Ihnen.

Den Haushalt 2017 konnten wir zeitnah im Neuen Jahr verabschieden. Konservativ geplant durch unseren Stadtkämmerer Herrn Jung und sein Team. Zwar mit höheren Transferaufwendungen aufgrund der sehr guten Steuereinnahmen der letzten Jahre, aber doch ohne Erhöhung der Kreisumlage. Wobei der Landkreis auch von diesem Mehr an Steuereinnahmen profitiert und eine deutlich höhere Kreisumlage erhält, als die letzten Jahre. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die Kämmererei für die konsequent gute Arbeit – sowohl was das Laufende anbelangt, als auch was die Aufarbeitung der fehlenden Jahresabschlüsse anbelangt. Inzwischen konnte der Jahresabschluss 2014 präsentiert werden, mit einem positiven Ergebnis – auch ohne massive Grundstücksverkäufe. Die Sparmaßnahmen und das konservative Haushalten tragen eindeutig Früchte. Trotzdem muss dieser Weg konsequent weiter beschritten werden. Denn völlig klar ist, dass die gute Lage unserer in Landsberg tätigen Unternehmen nicht statisch sein wird. Eine weiter stabile wirtschaftliche Lage und damit für die Stadt weiter stabil hohe Steuereinnahmen sind natürlich wünschenswert – aber eben nicht gottgegeben.

Die Pflichtaufgaben der Stadt müssen solide finanziert sein. Die gute Lage erlaubt zurzeit eine Finanzierung aus dem Laufenden. So läuft das Großprojekt Neubau und Teilsanierung der Mittelschule weiterhin ohne Aufnahme von Krediten. Ob dies für die weiteren Projekte auch so gehalten werden kann, bleibt abzuwarten.

Eins dieser weiteren Projekte ist der Neubau der Notunterkünfte – die Jahnbaracken sind schon lange in einem nicht mehr tragbaren Zustand. Ich denke darüber muss man nicht diskutieren. Sehr wohl zu diskutieren war aber die Größe des Neubaus an fast gleicher Stelle. Dies haben die Anwohner verständlicherweise in den politischen Diskurs eingebracht. Die Art und Weise jedoch, trotz des durchaus hohen emotionalen Potentials der Thematik, war dabei sehr sachlich und ausgewogen. Ergebnis der Diskussionen mit den Anwohnern, mit der Verwaltung und innerhalb des Stadtrates ist eine Kompromisslösung zwischen den von der Verwaltung vorgeschlagenen Planungen und den von den Anwohnern gewünschten Reduzierungen dieser Pläne. Statt der geplanten 36 Wohnungen werden „nur“ 25 Wohnungen realisiert und in jede Wohnung darf höchstens eine Familie untergebracht werden. Neben der Herzogsägmühle, die sich hauptsächlich um die Wiedereingliederung der in Not geratenen Personen kümmern wird, wird sich ein „Hausmeister“ um die in der Anlage anfallenden Themen, sowie um das Miteinander der Bewohnern und um das Miteinander von Bewohnern und Anwohnern kümmern. Apropos kümmern. Der Landkreis hat sich um ein Thema gekümmert, dass eigentlich die Stadt betraf. Hier ging es um die Problematik der Abrechnung der Beiträge für die Kindertagespflege mit der „Frau und Beruf GmbH“, die diese Tagespflege in Landsberg anbietet. Die Stadt Landsberg hat die Eltern dabei finanziell unterstützt und 20 Prozent des Elternbeitrags übernommen. Dies hat auch alles jahrelang einwandfrei funktioniert, bis die

Regierung im November 2012 eine Gesetzesänderung vorgenommen hat, die bereits zum 01. Januar 2013 umzusetzen war. Zum einen also extrem kurzfristig und zum anderen mitten im „Kindertagespflegejahr“. Man stelle sich also vor ein Unternehmen übernimmt die Betreuung der Kinder, stellt dafür Personal, Material etc. zur Verfügung und plant auf Basis der Kosten der vorausgegangenen Jahre einen Beitrag, der von den Eltern für diese Leistung zu zahlen ist. So wie es jahrelang zuvor zur Zufriedenheit aller Beteiligten gehandhabt worden ist. Und dann wird innerhalb kürzester Zeit ein Gesetz verabschiedet und umgesetzt, dass ohne jegliche Berücksichtigung der bisherigen Kalkulation erstmals einen Höchstbetrag festlegt, der von den Eltern abverlangt werden darf. Weiter stelle man sich vor, dass daraufhin ein Unternehmen bereits Mitte Januar reagiert und auf diese Situation aufmerksam macht, lange bevor dass der dafür eigentlich Zuständige tut, nämlich der Landkreis. Zugegeben, für den Zeitraum Januar bis August 2013 war der dann abgerechnete Betrag nicht korrekt. Danach hat sich die Thematik durch Wegfall des städtischen Zuschusses zum Elternbeitrag sozusagen von selbst erledigt. Bis dahin hat die Stadt einen höheren Betrag bezahlt, als sie eigentlich hätte müssen, aber immer noch weniger als bis Ende 2012. Die Alternative wäre gewesen: Wegfall der Kinderbetreuung von heute auf morgen! Kein Unternehmen auf dieser Welt, das rein auf Kostenbasis kalkuliert, kann den Wegfall von einem Viertel der Einnahmen von heute auf morgen unter diesen Umständen verkraften. Hätte dies der Stadtrat in der Situation im Januar 2013 zugelassen, geduldet, ja mit getragen? Wir denken nein PUNKT. So ist die Entscheidung, diese Situation nachträglich zu heilen und für die acht Monate eine höhere Subvention im Nachhinein zu beschließen, für mich absolut nachvollziehbar.

Wie in dieser Entscheidung wird die CSU Fraktion auch weiterhin mit viel Engagement, Geduld aber auch Beharrlichkeit die Entwicklung Landsbergs im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Landsberger CSU weiter vorantreiben.

Ihr  
Tobias Wohlfahrt  
Fraktionsvorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion

## Kinderfaschingsball der Frauen-Union Landsberg

Der Ortsverband der Frauen-Union Landsberg lud auch in diesem Jahr wieder an einem Sonntagnachmittag vor dem Lumpigen Donnerstag zu dem traditionellen Kinderfaschingsball ins Landsberger Sport - und Veranstaltungszentrum ein. Bei Tanz, Spielen, Kasperletheater und Kinder-Schminken zeigten die kleinen und großen Teilnehmer viel Begeisterung und Ausgelassenheit. Ein herzliches Dankeschön geht an das FU-Team sowie an die Helfer der Jungen Union und der CSU.

Alfrun Gebauer, FU – Ortsvorsitzende



Das Kinderfaschings-Team 2017 der Frauen-Union Landsberg:

Hermine Kukuk, Gerlinde Seiler, Renate Neuner, Alfrun Gebauer, Renate Huber, Hermann Fuchs, Heidrun Gebauer, Petra Kohler-Ettner, Wolfram Gebauer, Andreas Maslo, Christoph Heumoos, Andreas Oehlenschläger und Elfi Haas sowie Barbara Klappert, Barbara Juchem, Birgit Ertl, Birgit Hausner, Maxi Neuner und Hubert Schlee (nicht im Bild)

## Urbanes Leben am Papierbach (ULP)

### Die Umwandlung einer Industriebrache zu einem Wohngebiet.

Nachdem in den vergangenen Jahrzehnten die Stadt Landsberg vergeblich versucht hatte mit den Gebrüder Pöttinger als Besitzer des Geländes der ehemaligen Pflugfabrik handelseinig zu werden, ist dies nun der Investorengesellschaft Ehret & Klein aus Starnberg gelungen. Sie haben das Gelände im Dezember 2014 unter der Bedingung gekauft, dass die Stadt Landsberg hierfür Baurecht schafft. Die Gesamtfläche beträgt 8,7ha – also ca. 9 Fußballfelder. Hier werden Wohnungen für ca. 1500 Personen entstehen, aber auch Gewerbe, Kunst und Kultur sollen hier ihren Platz finden. Parallel zu diesen Verhandlungen im Jahre 2014 wurde bereits im April eine Bürgerwerkstatt auf dem Gelände durchgeführt, mit dem Ziel möglichst viele Anregungen mit aufzunehmen. Ebenso wurde durch die Stadt Landsberg ein Teilraumgutachten für die Katharinenvorstadt in Auftrag gegeben. Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung am 04.03.2015 beschlossen für diesen Prozess eine Lenkungsgruppe - in der Stadtrat, Stadtverwaltung, Investoren und Fachplaner vertreten waren - einzusetzen und durch 4 Büros einen Städtebaulichen Rahmenplan für das gesamte Quartier zu entwickeln. Im September 2015 traf der Stadtrat die Entscheidung für einen Rahmenplan und für den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans. Das Jahr 2016 war gekennzeichnet durch die Bürger- und Behördenbeteiligung zum Bebauungsplan, sowie dem Beginn der Architekturwettbewerbe für die einzelnen Baufelder. Dabei wurde auch festgelegt, dass nur der Karl Schrem Bau als identitätsstiftendes Bauwerk (A1) erhalten bleibt. Die ursprüngliche Absicht auch die „Alte Schmiede“ (im Bereich B2) zu erhalten wurde aufgrund der Altlastenproblematik aufgegeben.



Die Kita wird auf dem heutigen Gelände des Jugendzentrums neu errichtet. Das Baufeld A2 erhält im Erdgeschoss einen großflächigen Einzelhandelsmarkt auf den dann noch drei Obergeschosse zum Wohnen aufgesetzt werden. Das Baufeld A3 wird ein reines Wohngebiet. Der Karl Schrem Bau (A1) wird eine Mischnutzung aus Gewerbe und Wohnen beherbergen. Im Baufeld D wird eine sogenanntes Boarding House errichtet. B2 erhält eine Misch-nutzung aus Gewerbe (im Erdgeschoss) und Wohnen in den Obergeschossen. Im Baufeld B1 sollen Kunst, Kultur und Wohnen untergebracht werden. In B3 soll im Erdgeschoss eine weitere Kita und in den Obergeschossen Wohnen situiert werden. Das Baufeld C wird ein reines Wohngebiet. Die Baufelder E1 und E2 werden als letzte erschlossen. Im Baufeld E1 ist ebenfalls nur eine Wohnnutzung vorgesehen; in E2 wird es im Erdgeschoss Gewerbeflächen für Einzelhandel geben. Das gesamte Quartier soll vom Verkehr freigehalten werden. Der ruhende Verkehr soll in Tiefgaragen, die von der Spöttinger Straße

und der von Kühlmannstraße direkt angefahren werden untergebracht werden.

Für die Architektenwettbewerbe werden stets vier namenhafte Büros ausgewählt. Ein Preisgericht aus Fachpreisrichtern (Architekten) und Sachpreisrichtern (Stadträten) entscheidet über die Arbeiten.

Inzwischen ist auch der Städtebauliche Vertrag zwischen der Stadt Landsberg und der Investorengesellschaft abgeschlossen worden. Für den 05. April ist der Satzungsbeschluss des Bebauungsplans vorgesehen. Sollte

dieser vom Stadtrat gebilligt werden, dann besteht Baurecht und die Umwandlung dieser Industriebrache in ein modernes städtisches Wohngebiet kann beginnen.

Ehret & Klein wird Anfang Mai (ca. 100m nördlich des Mutterturms - zwischen der von-Kühlmannstr. und dem Lech) eine Aussichtsplattform von 6m Höhe und einer Grundfläche von 6x8m errichten. Diese Plattform dient sowohl der Betrachtung der Entwicklung auf dem Gelände; als auch der grundsätzlichen Information durch zahlreiche Schautafeln. Mit den ersten Abbrucharbeiten soll noch im Mai begonnen werden.

Berthold Lesch

## Bericht vom Frühlingsempfang

Auch in diesem Jahr lud der CSU-Ortsverband seine Mitglieder zum Frühlingsempfang ins Historische Rathaus. Der Ortsvorsitzende der CSU Mathias Neuner begrüßte zunächst die anwesenden Gäste und gab einen kurzen Überblick über seine Arbeit als Oberbürgermeister und die in der Stadt anstehenden Projekte. Dabei hob er die gute Zusammenarbeit mit der Stadtratsfraktion hervor.

Michael Kießling, unser Bundestagskandidat sprach ein kurzes Grußwort und legte einige seiner Schwerpunkte dar, die er bei einem für ihn positiven Wahlausgang in Berlin verfolgen wird.



Als Gastredner war der 1. Bürgermeister der Gemeinde Krün, Thomas Schwarzenberger (im Bild oben), anwesend, der im Juni 2015 Gastgeber des G7 Gipfels war.

Die musikalische Umrahmung durch die Gruppe „Dreiecksmusi“, die bayrische Volksmusik modern interpretiert, sorgte dafür, dass Bürgermeister Schwarzenberger sich sofort heimisch fühlte.

Zunächst erklärte er die verwandtschaftlichen Verhältnisse der anwesenden Politiker. Thomas Schwarzenberger und Mathias Neuner sind Cousins, ihr gemeinsamer Großvater war 16 Jahre Bürgermeister von Krün, Thomas Schwarzenberger ist bereits seit 15 Jahren im Amt. Somit hätte Mathias Neuner noch einige Jahre vor sich, wenn er nicht mit der Familientradition brechen wolle. Aber auch Dr. Thomas Goppel gehört quasi zur Familie, da seine Schwägerin ebenfalls ein Familienmitglied ist.

In einer sehr unterhaltsamen Rede berichtete der Bürgermeister dann über die Herausforderungen, die auf eine so kleine Gemeinde mit einer Verwaltung von 4 Vollzeit- und einer Teilzeitkraft, wie Krün bei der Organisation eines solchen Großereignisses zukommen. Insgesamt zog er eine überaus positive Bilanz und für Krün und alle seine Bürger war dies ein Erlebnis, auf das sie noch lange gerne zurückblicken werden. So wurden im Vorfeld Infrastrukturmaßnahmen innerhalb kürzester Zeit durchgeführt, für die man sonst Jahre gebraucht hätte. Auch die heimischen Unternehmen profitierten, da viele der erforderlichen Arbeiten durch sie erbracht wurden.

Das Weißwurstfrühstück mit Präsident Obama und Kanzlerin Merkel war für alle Bürger Krüns ein Highlight, zeigten sich die beiden Politiker (sehr zum Leidwesen ihrer Sicherheitsbeamten) sehr leutselig und gingen in die Menge um sich mit den Bürgern zu unterhalten und Hände zu schütteln. Beim Essen griff man auch hier, so wie beim gesamten Gipfel, weitgehend auf heimische Produkte zurück.

Das überaus positive Bild eines friedlichen Gipfels, bei dem die Bevölkerung die anwesenden Sicherheitskräfte und Politiker freundlich aufnahm, hat weltweit ein positives Signal aus Bayern gesandt. Das gute Wetter beim Weißwurstfrühstück sorgte für tolle Bilder aus Krün, die in der ganzen Welt gezeigt wurden. So war die Gemeinde, die vor allem vom Tourismus lebt, für kurze Zeit in aller Munde.

Nach einigen abschließenden Worten vom Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Goppel lud der Ortsverband dann noch bei Getränken und Häppchen zum Gespräch. Hier wurde unter anderem das überaus erfreuliche Ergebnis der Wahl im Saarland diskutiert, die an diesem Abend stattgefunden hatte.

Petra Ruffing